

Einführung in die Politikwissenschaft

Video 5.2: Politische Theorie - Demokratietheorie

Skript:

Intro Jingle

Hallo und herzlich Willkommen bei einem neuen Lernvideo zur Einführung in die Politikwissenschaft.

Titelfolie

Im ersten Video zur politischen Theorie haben wir uns mit der Ideengeschichte auseinandergesetzt. In diesem Lernvideo möchte ich mit Hilfe der Demokratietheorie als ganz spezifischem Gegenstand der politischen Theorie noch einmal erörtern, was politische Theorie als Forschungsfeld ist und was hier so gemacht wird.

Wo wir uns befinden

Das nachfolgende Lernvideo 5.2 «Demokratietheorie» deckt das erste Forschungsfeld ab, das ich Euch etwas vorstellen möchte. Ich möchte dabei [KLICK] das gesamte Forschungsfeld, also [KLICK] sowohl die normative als auch die empirische Herangehensweise und einmal beleuchten.

Inhalt

Ich möchte mit [KLICK] Hilfe der Demokratietheorie noch einmal zeigen, was in der politischen Theorie gemacht wird. Dafür stütze ich mich insbesondere auf den Text von [KLICK] Hubertus Buchstein zu den modernen Demokratietheorien. Wir werden hier einen alternativen Blick auf [KLICK] Ideengeschichte und insbesondere auf [KLICK] normative und [KLICK] empirische Theorien werfen. [KLICK und rot] Beginnen wir noch einmal mit einem kurzen Überblick.

Politische Theorie

Sie erinnern sich vermutlich noch an dieses Schema. Wir haben es im letzten Video schon kurz betrachtet und uns dann vor allem auf die Ideengeschichte konzentriert. Mit Hilfe des Textes von Buchstein können wir nun zeigen, dass sich auch ein spezifischer Gegenstand, eben die [KLICK] Demokratie bzw. die *Demokratietheorie*, unterschiedlich politiktheoretisch angehen lässt.

Buchstein führt die Idee der [KLICK] «Semantischen Transformation» ein, überlegt sich also, wie sich der *Begriff* Demokratie gewandelt hat und betreibt damit sowohl Ideengeschichte als auch Wissenschaftstheorie bzw. eben Theoriegeschichte.

Indem er versucht, verschiedene Demokratietheorien, also Vorstellungen davon, wie Demokratie aussehen soll, zu ordnen, betrachtet er [KLICK] *normative* Aspekte dieser Demokratietheorien. Und schliesslich diskutiert er auch noch [KLICK] empirische sowie formale Demokratietheorien.

Inhalt

[KLICK und rot] Aber der Reihe nach. Beginnen wir mit der Ideengeschichte bzw. der Geschichte des Begriffs «Demokratie».

Ideengeschichte (1)

Sie können sich vorstellen, dass der Begriff «Demokratie» genauso unklar und vielfältig ist wie der Begriff «Politik». Es soll hier aber nicht so sehr um den Begriff gehen, als vielmehr um die Veränderung seines Verständnisses (eben die begriffliche oder [KLICK] *semantische Transformation*). Buchstein spricht davon, dass der Begriff eine [KLICK] Positivierung, eine [KLICK] Futurisierung und eine [KLICK] Anreicherung erfahren habe.

Ideengeschichte (2)

Was sollen wir uns unter Positivierung vorstellen?

Sie erinnern sich sicher noch an die Einteilung der Staatsformen von Aristoteles (aus dem Lernvideo 4.1 [KLICK]). Die Staatsform *Demokratie* war dort auf der negativen Seite [KLICK]; das ist kein Zufall; [KLICK] Platon und Aristoteles waren Kritiker der damals vorherrschenden Staatsform, weil sie in einer veritablen Krise steckte und nicht – wie von den beiden antiken Philosophen eigentlich gefordert – das Gute für alle umzusetzen vermochte.

Ideengeschichte (3)

Dass nun Demokratie – oder eben die Herrschaft der Vielen – etwas Negatives sei, hielt sich in der Geschichte der Demokratietheorie sehr lange. So sind etwa die wichtigen Vertreter der Neuzeit, welche mit der «Vertragstheorie» die Idee der Zustimmungspflicht entwarfen ([KLICK] Hobbes und Locke) eigentlich noch weit von der Idee einer Herrschaft der Vielen entfernt. Hobbes fordert mit seinem Leviathan einen starken monarchischen Herrscher (dem die Bürger zustimmen müssen) und auch Locke, der eine Form des repräsentativen Parlamentarismus befürwortet, ist weit davon entfernt, eine Herrschaft der Vielen zu fordern; repräsentiert werden sollen bei ihm vielmehr die Besitzenden. Die Idee, dass die Masse nicht genügend Verstand hat, um gute Entscheidungen zu finden, zieht sich durch die Geschichte der Demokratietheorie.

Es gibt nur einige wenige Ausnahmen. Eine der bemerkenswertesten ist [KLICK] Marsilius von Padua, der etwa 1280 bis 1342 gelebt haben soll. Er vertrat die Idee, dass Viele eher zu guten Argumenten finden als Wenige. Marsilius stellt die Ausnahme der Regel dar, die besagt, dass die politischen Philosophen sehr *elitistisch* eingestellt waren.

Die Positivierung des Begriffes setzt dann mit [KLICK] Jean-Jacques Rousseau im 18. Jh. ein, der die Idee einer *volonté générale* vertritt, also einer im guten Bürger innewohnende allgemeine Einheitsmeinung, die in Versammlungen gefunden werden kann.

Richtig durchzusetzen vermag sich die Positivierung der Demokratie allerdings erst mit dem Aufkommen der Idee der Repräsentation im 18. und 19. Jahrhundert. Bis dahin wird Demokratie stets als *direkte, athenische Demokratie* verstanden. Auch bei Rousseau ist Demokratie ja noch Volksversammlung und er schlägt vor, dass diese Form nur für Engel sei oder aber nur in sehr kleinen Stadtstaaten funktioniere.

Eine sozusagen empirische Positivierung, also die reale Umsetzung dieser repräsentativen Demokratie findet dann in den Vereinigten Staaten statt. In den [KLICK] *Federalist Papers* wird dann allerdings interessanterweise von Republik und nicht unbedingt von Demokratie gesprochen. Die Federalist Papers sind Zeitungsartikel, die 1787 und 1788 in New York veröffentlicht wurden, um Werbung für eine föderale Verfassung der damaligen Staaten von Amerika zu machen.

[KLICK] Alexis de Tocqueville, geht dann aufgrund seiner Reise nach Amerika in den 1830 Jahren davon aus, dass eine Art Demokratisierung von Amerika aus auch Europa erfassen wird. Tatsächlich kommt es zu einem eigentlichen Siegeszug der Demokratie und der bisher negativ konnotierte Begriff «Demokratie» wird endgültig positiv.

Ideengeschichte (4)

Aus dem negativen Begriff «Demokratie» wurde also mit der Zeit ein positiv besetzter Begriff. Was meint Meyer aber mit [KLICK] «Futurisierung» des Begriffs «Demokratie»?

Die negative Konnotation geht auch mit einer rückwärtsgerichteten Betrachtung einher. Demokratie wurde nach dem [KLICK] Untergang Athens als etwas Vergangenes betrachtet. Auch hier ist es die Idee und die Verbreitung der [KLICK] *repräsentativen* Demokratie, die nicht nur in kleinen Staaten, sondern eben auch in grossen Flächenstaaten möglich wurde, die aus der Idee einer Demokratisierung sozusagen ein Zukunftsprojekt macht.

Wie wichtig die Idee dieser repräsentativen Demokratie für die Positivierung und die Futurisierung war, macht auch die Entwicklung nach der Französischen Revolution 1789 in Paris klar. Dort wollten die so genannten [KLICK] Jakobiner die Idee Rousseaus umsetzen und eine unmittelbare, also eine *direkte* Demokratie einsetzen. Dies endete in Terrorherrschaft und zahlreichen politischen Morden. Damit erwiesen die Jakobiner dem Begriff «Demokratie» aber einen ziemlichen Bärendienst. Dies führte nämlich nicht nur zu einer noch stärkeren negativen Besetzung des Begriffes, sondern auch dazu, dass Demokratie als etwas historisch Überholtes betrachtet wurde.

Mit der realen Umsetzung repräsentativdemokratisch organisierter Staaten vor allem in den [KLICK] jungen USA und wieder mit der Berichterstattung von Alexis de Tocqueville und seiner prognostizierten «Demokratisierung» nimmt der Begriff Demokratie eine zukunftsgerichtete Bedeutung an.

Ideengeschichte (5)

Die dreifache semantische Transformation des Begriffs wird von Buchstein mit der Idee der [KLICK] «Anreicherung» abgerundet.

Ursprünglich war «Demokratie» ja lediglich eine Regierungsform, die Stadtstaaten beschrieb, in denen unmittelbare, also direkte Partizipation praktiziert wurde. Mit der Idee der [KLICK] *Repräsentation* wird Demokratie dann aber auch in grossen Flächenstaaten praktizierbar. Im Prinzip ist also das Adjektiv «repräsentativ» eine Anreicherung des Begriffs «Demokratie».

Anreicherung erfährt der Begriff dann wiederum mit den in den [KLICK] *Federalist Papers* angelegten Ideen einer Verfassung, des Einbaus von Grundrechten oder der Idee der Gewaltbalance, bei der sich die junge amerikanische Verfassung auf [KLICK] Montesquieu beruft, aber auch mit dem immer [KLICK] grösseren Ausbau von Partizipationsrechten.

Die mit Beginn des 20. Jahrhunderts beginnende Demokratisierung setzt sich rasch und ziemlich mächtig fort und ist empirisches Zeugnis der wachsenden Bedeutung des Begriffes Demokratie. Samuel Huntington spricht von unterschiedlichen Demokratisierungswellen.

Inhalt

Zur Erinnerung: Wir wollen ja mit den Demokratietheorien bzw. mit dem Beitrag von Buchstein nochmals zeigen, was im Politikfeld «Politische Theorie» alles gemacht wird. Mit der semantischen Transformation haben wir sozusagen Ideengeschichte und im Prinzip auch Wissenschaftsgeschichte betrieben.

[KLICK und rot] Als nächstes wollen wir uns ein Beispiel für normative Demokratietheorie anschauen und sozusagen *klassische politische Philosophie* betreiben.

Normative Theorie (1)

[KLICK] Normative Demokratietheorien versuchen zu begründen und zu rechtfertigen, weshalb und dass Demokratie die beste aller politischen Herrschaftsformen ist. Wir haben in früheren Lernvideos ja schon die Unterscheidung zwischen normativ und analytisch diskutiert. Zur Erinnerung: Normativ vorgehen bedeutet – vor allem wenn wir moderne politische Theorien betrachten – Werturteile zu begründen. Diese normativen Ideale können dann auch als Schablone oder als Idealtypen dazu dienen, reale Demokratien zu messen. Eine Frage kann dann sein, ob und wie stark sich bestehende Demokratien einem Ideal annähern oder sich davon entfernen.

Normative Theorie (2)

Wir stützen uns hier nach wie vor auf den Beitrag von Hubertus Buchstein ab. Auf S. 117 zitiert er neben den [KLICK] klassischen Demokratietheorien, die wir im letzten Lernvideo bei der Behandlung der Ideengeschichte ein wenig gestreift haben, nicht weniger als [KLICK] 14 modernere Demokratietheorien: die deliberative, feministische, neorepublikanische, neoliberale, kommunitaristische, kosmopolitane, assoziative, ökologische, subsidiäre, ethnozentristische, multikulturalistische, postmoderne, reflexive, aleatorische Demokratietheorie.

Diese Liste liesse sich nochmals erweitern, weil in der Zwischenzeit eine Reihe [KLICK] weiterer Theorien entstanden ist, so etwa die liquide, die delegative, die illiberale, die Stealth Democracy, die Organismendemokratie (democracy of species) und zahlreiche mehr. Schon lange spricht man in der Wissenschaft nicht mehr von Demokratie, sondern von *Demokratie mit Adjektiven*.

Normative Theorie (3)

Buchstein macht nun einen sehr interessanten Versuch, diese normativen Demokratietheorien zu ordnen. Er schreibt davon, eine Orientierung in dieses Gestrüpp zu bringen. Er schlägt dafür [KLICK] drei Achsen vor, mit denen die verschiedenen normativen Theorien quasi in einem dreidimensionalen Raum verortet werden können: [KLICK] den Geltungsbereich, [KLICK] die Partizipationsintensität und [KLICK] den Rationalitätsgehalt.

[KLICK] Beim Geltungsbereich geht es um die Frage, wo Demokratie überall herrschen soll, ob also (minimalistisch) nur Institutionen demokratisch sein sollen, oder ob Demokratie eine Lebensform darstellt, ob es also Demokratie in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Bildung etc. geben soll. Einzelne normative Demokratietheorien fordern zudem eine Inklusion etwa von weiblichen Themen (feministische Theorie) von verschiedenen ethnischen Identitäten (multikulturelle Demokratietheorie) oder von zukünftigen Generationen (beispielsweise das Kinderwahlrecht) oder gar von Primaten und Natur ganz generell.

[KLICK] Bei der Achse «Partizipationsintensität» stellt sich die Frage, wie stark eine moderne Theorie fordert, dass sich Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess beteiligen. Minimalistische Theorien (z.B. die elitistische Demokratietheorie) gehen davon aus, dass es gut ist, wenn das «dumme Volk» nur alle vier Jahre «die gute Elite» wählt; maximalistische Theorien (z.B. die partizipatorische Demokratietheorien) streben hingegen eine direkte Demokratie in allen Lebensbereichen an; sie gehen davon aus, dass Partizipation ein Wert an sich sei und dass mehr Partizipation zu einer «Selbst-Transformation» führe, dass man also durch mehr Partizipation toleranter wird und stärker auf das Allgemeinwohl achte.

[KLICK] Moderne normative Demokratien konzentrieren sich im Gegensatz zu den klassischen Theorien stärker auf die *Prozesse* der Entscheidungsfindung; die klassischen Theorien beurteilen hingegen eher, ob eine Entscheidung «gut» ist oder «schlecht». Moderne Theorien betonen hingegen, dass Entschiede Resultat eines stimmigen Entscheidungsprozesses sein sollen. Die deliberative Demokratietheorie fordert beispielsweise einen «herrschaftsfreien Diskurs», also einen zwanglosen Austausch von Argumenten, bei dem das vernünftige Argument am Schluss dazu führt, dass die eigenen Positionen überdacht werden. Solche Entscheidungsdiskussionen führen zu Lernprozessen und zu so genannten moralischen Rationalitätsgewinnen.

Normative Theorie (4)

Mit diesen Achsen lassen sich nun die verschiedenen Theorien verorten. Wir können das dreidimensional oder wie hier zweidimensional versuchen. Eine sehr maximalistische Theorie, wie etwa die «Strong Democracy» von Benjamin Barber würde sich [KLICK] hier verorten lassen. Die Beteiligung soll möglichst umfassend sein, also möglichst alle Menschen (und ev. eben auch zukünftige Generationen und Organismen) sollen über alle politischen Entscheidungen mitbestimmen. Demokratie ist hier sozusagen Lebensform.

Eine sehr minimalistische Demokratietheorie würde sich hingegen [KLICK] *hier* verorten lassen. In einer solchen Theorie soll Demokratie lediglich eine Methode sein, mit der Repräsentant:innen ausgewählt werden. Elitistische, aber auch delegative Demokratietheorien würden dies fordern.

[KLICK] Natürlich sind dies nur die Extremformen und verschiedene normative Vorstellungen von Demokratie lassen sich nun in dieses Schema einpassen, wobei ja auch noch die dritte Achse berücksichtigt werden kann.

Denk Mal!

Sie haben vielleicht eine eigene Vorstellung, wie Ihre ideale Demokratie aussehen würde. Wo in diesem Koordinatensystem würden Sie diese eigene Vorstellung verorten?

Inhalt

Wir kommen zum vierten Bereich des Forschungsfeldes der politischen Theorie, den wir mit Hilfe von Buchstein anschauen möchten, nämlich die Idee von *empirischen und formalen Theorien*.

Empirische Theorien (1)

Wir können die formalen und empirischen Theorien zuerst von den normativen Theorien unterscheiden. Wir haben ja gesagt, dass normative Theorien auf Werturteilen beruhen. Empirische und formale Theorien versuchen dies – auch auf der Basis des kritischen Rationalismus, wie wir ihn in den Lernvideos 2.1 und 2.2 kennengelernt haben – zu vermeiden.

Die formale Theorie entwickelt Modelle mit bestimmten Annahmen und testet sie anschließend an der Realität. Das entspricht ziemlich genau der Popper'schen Idee von Theoriebildung. Diese Modelle haben keinen normativen Anspruch, sondern wollen Gegebenheiten möglichst umfassend theoretisch erklären und dann mit Hilfe von empirischen Untersuchungen testen.

Die empirischen Theorien gehen hingegen eher induktiv vor, d.h. sie versuchen aufgrund von Forschung verschiedene Beobachtungen zu verallgemeinern. Das ist streng genommen nicht im Sinne des kritischen Rationalismus; eigentlich ist auch der Begriff empirische Theorie hier etwas unglücklich. Empirischen Theorien geht es eigentlich eher darum, Erklärungsansätze zu geben, mit denen Analysen durchgeführt und Beobachtungen angestellt werden können, um den Erklärungsansatz anschließend zu verbessern.

[KLICK] Ich möchte mit Hilfe von Buchstein zuerst die empirischen Demokratietheorien ein wenig genauer betrachten.

Empirische Theorien (2)

Buchstein beschreibt beispielhaft [KLICK] vier Aufgaben der empirischen Demokratietheorie. Wir werden diesen Überlegungen zum Teil beim Forschungsfeld der «Vergleichenden Politik» wieder begegnen. Ich möchte diese vier Bereiche deshalb in der Folge nur ganz kurz

andiskutieren. Es handelt sich um die [KLICK] Klassifikation unterschiedlicher Typen von Demokratie, die Suche nach den [KLICK] Voraussetzungen, damit eine Demokratie überhaupt funktioniert, die Untersuchung der [KLICK] Leistungsfähigkeit verschiedener Demokratietypen oder die Suche nach Elementen, die dafür sorgen, dass [KLICK] eine Demokratie stabil bleibt.

Empirische Theorien (3)

Empirische Demokratietheorien unterscheiden verschiedene Typen von Demokratien, die sie versuchen, anhand von spezifischen Merkmalen zu unterteilen. Hier kurz die wichtigsten Unterscheidungsmöglichkeiten:

[KLICK] Die direkte Demokratie ermöglicht Mitentscheidung von Bürgerinnen und Bürger, während die repräsentative Demokratie die politische Entscheidungsmacht bei Repräsentativorganen belässt (also etwa dem Parlament).

[KLICK] In föderalistischen Demokratien haben subnationale Einheiten (also z.B. Kantone oder Gemeinden) mehr oder weniger ausgebaute Möglichkeiten, selber zu entscheiden, während in zentralistischen Demokratien alle Entscheidungen von der nationalen Regierung bzw. dem nationalen Parlament gefällt werden.

[KLICK] Es gibt einige Unterscheidungsmerkmale zwischen der parlamentarischen und der präsidentiellen Demokratie. Das wichtigste ist wohl, dass in einer parlamentarischen Demokratie die Regierung vom Parlament gewählt wird, während in einer präsidentiellen Demokratie die Bevölkerung die Regierung direkt wählt.

[KLICK] Im Gegensatz zur Konkurrenzdemokratie, in der in einem Wettbewerb zwischen Parteien jeweils die wähler:innenstärkste Partei die Regierung übernimmt, werden in einer Konkordanzdemokratie alle relevanten Parteien in die Regierung eingebunden.

[KLICK] Diese Idee setzt sich fort beim Gegensatz zwischen Mehrheits- und Konsensdemokratie. Hier geht es darum, dass Entscheidungen entweder von einer einfachen Mehrheit oder eben von einer möglichst grossen Mehrheit gefällt werden sollen.

[KLICK] Vetospieler sind Institutionen oder Akteure, mit denen Entscheidungen blockiert werden können. Also z.B. ein Verfassungsgericht, die direkte Demokratie, das Ständemehr usw. Es gibt Demokratien mit ganz vielen und solche mit eher wenigen Vetospielern.

Empirische Theorien (4)

Erinnern Sie sich an die semantische Transformation, die wir vorher besprochen haben. Die Funktionsvoraussetzungen für eine klassische Demokratie waren ein kleiner Staat und eine möglichst homogene Gesellschaft; mit der Einführung der Idee der Repräsentation ist die Grösse eines Staates nicht mehr wichtig, sondern es müssen kulturelle, politische und wirtschaftliche Voraussetzungen erfüllt werden. Die empirische Theorie versucht, diese Voraussetzungen zu messen.

[KLICK] Untersuchungen haben zu, Beispiel gezeigt, dass die politische Kultur, also eine gemeinsame Wertebasis oder ein historisches Erbe innerhalb von geteilten Grenzen, aber auch tolerante Einstellungen gegenüber unterschiedlichen (z.B. religiösen) Einstellungen zentrale Voraussetzungen für die Entstehung von Demokratien sind. Kommt dazu, dass die Toleranz

sich auch in politischem Respekt ausdrücken muss; d.h. verschiedene Bevölkerungsgruppen oder Interessen müssen wechselweise an die Macht gelangen können, ohne dass die Interessen anderer Gruppen dauerhaft unterdrückt werden. Die politische Kultur wird Gegenstand im Forschungsfeld «Politische Soziologie» sein.

Neben den kulturellen braucht es auch [KLICK] politische Voraussetzungen (vor allem im Sinne von *Polity*). Es braucht also Institutionen, die diese Art von Machtteilung zwischen verschiedenen Interessen garantieren. Die politischen Institutionen sollten zudem mit gesellschaftlichen und ökonomischen Kräften in einer Balance stehen. Es muss eine möglichst breite Verteilung von Machtressourcen geben (also nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch und gesellschaftlich), so dass möglichst alle Bürger:innen von Entwicklungen profitieren können. Dieser so genannte Machtpluralismus – so die Idee – soll dann auch zu sozialer Gerechtigkeit führen, und damit Anreize schaffen, damit sich möglichst alle an die Spielregeln der Demokratie halten.

Die so genannte [KLICK] *Modernisierungstheorie* geht schliesslich davon aus, dass Demokratien nur ab einem bestimmten ökonomischen Entwicklungsstand entstehen. Ärmere Länder, in denen es praktisch nichts zu verteilen gibt, haben es schwieriger, sich zu demokratisieren.

Empirische Theorien (5)

Mit Hilfe der Klassifikation und den verschiedenen Typen lässt sich die *Leistungsfähigkeit* von Demokratien beurteilen. In den 1960er Jahren ist man von einer Überlegenheit der USA-Demokratie (also britischer Prägung Richtung Westminsterdemokratie) ausgegangen: d.h. in punkto [KLICK] Wirtschaftskraft schneiden präsidentielle Konkurrenz- und Mehrheitsdemokratien besser ab als alle anderen Typen.

Dies wurde mit der Zeit allerdings in Frage gestellt. Arend Lijphart (er wird uns im Politikfeld «Vergleichende Politikwissenschaft» noch einmal begegnen) fand zum Beispiel heraus, dass Konsensdemokratien wirtschaftlich gar nicht wirklich schlechter abschneiden als Konkurrenzdemokratien und dass sie sogar in verschiedenen anderen Bereichen ein besseres Leistungszeugnis vorweisen können. Leistungsfähigkeit muss ja nicht nur wirtschaftlich gemessen werden, sondern Untersuchungen zeigen z.B. dass Konsensdemokratien etwa Frauen und verschiedene Minderheiten besser einbinden, dass das Vertrauen in die Institutionen grösser ist und dadurch Entscheidungen auch breiter mitgetragen werden.

Empirische Theorien (6)

Die Idee, dass Demokratien in [KLICK] der Krise stecken, ist nicht neu. Wir können mit Blick auf Aristoteles und Platon, die ja Kritiker der Demokratie waren, sogar behaupten, dass es Krisendiskussionen gibt, sobald es Demokratien gibt. Wenn wir auf die Entwicklung der letzten 150 Jahre schauen, können wir sogar sagen, dass Demokratien über hohe Problemlösungskompetenz verfügen und eigentlich eine recht hohe Stabilität aufweisen. In verschiedenen Elementen kann auch eine Verbesserung der Demokratiequalität beobachtet werden (z.B. Einbindung von Minderheiten; Ermöglichung der Beteiligung; Ausweitung des Demos etc.).

Aber es gibt und gab auch kritische Stimmen, die wichtig sind und die auch interessante Entwicklungen durchmachen. So wird etwa seit mehreren Jahrzehnten diskutiert, dass es ein abnehmendes Vertrauen der Bürger:innen in die Politik gibt. Noch in den 1960er Jahren

sah man [KLICK] kritische Bürger:innen als Bedrohung an, weil sie das System gefährden. Es gibt auch heute noch viele Stimmen, die finden, dass zu wenig Vertrauen ein Problem ist. Auf der anderen Seite kann man sich allerdings auch fragen, ob es nicht auch Kritik braucht, weil eine Demokratie letztlich auch davon lebt und sich nur aufgrund von Kritik weiterentwickeln kann. Für die Stabilität einer Demokratie braucht es wahrscheinlich beides, loyale und kritische Bürger:innen.

Eine weitere [KLICK] Kritik an Demokratien ist, dass sie erstens nur sehr kurzfristige Entschiede fällt und zweitens bei langfristigen Entscheiden kaum an zukünftige Generationen denkt. Bei vielen demokratischen Entscheidungen wird nicht an die langfristigen Auswirkungen gedacht, bzw. viele Lasten (z.B. in Form von Schulden oder Umweltzerstörung) werden auf zukünftige Generationen überwält. Eine Frage der empirischen Demokratietheorie ist, ob und wie Demokratien sowohl stabil als auch nachhaltig sein können.

Formale Theorien (1)

Ich möchte zum Schluss noch auf die [KLICK] formalen Theorien zu sprechen kommen. Wir haben oben schon kurz ausgeführt, dass es hier darum geht, Theorien zu entwickeln, mit denen wir politische Phänomene modellhaft erfassen und dadurch erklären können.

Formale Theorien (2)

Ich möchte drei Beispiele solcher Modelle präsentieren, und zwar gestützt auf die [KLICK] «ökonomische Theorie der Politik». Diese Theorie geht von der grundlegenden Annahme aus, dass Menschen rationale Nutzenmaximierer sind. In den Wirtschaftswissenschaften ist Ihnen vermutlich der Begriff [KLICK] «*Rational Choice*» bereits einige Male begegnet. Im Sinne von «*Rational Choice*» entscheidet sich ein Mensch stets für jene Handlung, die ihm am meisten [KLICK] Nutzen bringt. Die ökonomische Theorie der Politik überträgt nun diese Idee vom [KLICK] Markt auf die Politik bzw. auf die Demokratie.

Ich möchte in der Folge drei Modelle der ökonomischen Politik kurz diskutieren: Das Medianwählertheorem, das Condorcet-Paradoxon und das Paradox of Voting.

Formale Theorien (3)

Beim Medianwählertheorem geht es um die Frage der Positionierung von Parteien auf einem [KLICK] Links-Rechts-Spektrum. Ausgangslage ist die Beobachtung in den Vereinigten Staaten, in denen sich die beiden grossen Parteien, die *Demokraten* und die *Republikaner*, in vielen Bereichen gar nicht so sehr unterscheiden. Dabei würden wir ja eigentlich annehmen, dass sich die *Demokraten* deutlich links [KLICK] und die *Republikaner* deutlich rechts [KLICK] positionieren.

Das Medianwählertheorem erklärt uns nun, weshalb dies in einer Mehrheitsdemokratie, also in einer Demokratie in der immer nur eine Partei gewinnt, eben nicht der Fall ist. Wir gehen auf der Basis von «*Rational Choice*» davon aus, dass Politiker Macht wollen, sich deshalb in Parteien organisieren und die Wahl gewinnen wollen. Wir gehen weiter davon aus, dass sich die Wähler:innen auf dieser Links-Rechts-Achse ähnlich einer [KLICK] Normalverteilung einordnen. Also relativ [KLICK] wenige extreme Positionen und die [KLICK] Mehrheit in der Mitte. Diese Annahme lässt sich bei Umfragen in der Regel bestätigen.

Wir gehen weiter davon aus, dass auch Wähler:innen Nutzenmaximierer:innen sind, d.h. sie wählen jene Partei, die ihnen vermutlich am meisten Nutzen bringt. Das ist also jene Partei, die sich am nächsten bei der eigenen Links-Rechts-Einschätzung positioniert. Entscheidend ist also der Abstand der Partei zur eigenen Position.

Die Frage ist, wie die beiden Parteien mit dieser Ausgangslage umgehen. Auf der einen Seite wissen sie, dass in der Mitte die meisten Wähler:innen zu holen sind. Auf der anderen Seite müssen sie befürchten, dass sie Mittewähler:innen verlieren, wenn sie sich zu stark nach links oder nach rechts bewegen. Wo positionieren sich die Parteien also? Genau! [KLICK] In der Mitte! Partei A holt dann alle Wähler:innen rechts der Mitte und Partei B alle links der Mitte. Am Schluss gewinnt jene Partei, die den sogenannten Medianwähler oder die Medianwählerin für sich gewinnt. Also genau jene Wählerin, die die [KLICK] eine Stimme mehr als die 50% ausmacht.

Damit lässt sich dann auch sehr gut erklären, weshalb sich Parteien in einem Zweiparteien-system in ihren Programmen gar nicht so sehr unterscheiden.

Formale Theorien (4)

Ein weiteres Modell ist das so genannte [KLICK] Condorcet-Paradoxon – auch das Problem der zyklischen Mehrheiten genannt, das von Jean Antoine Nicolas de Caridat Condorcet bereits im 18. Jahrhundert beschrieben wurde.

In der Regel gehen wir davon aus, dass die Demokratie bzw. ein demokratischer Mehrheitsentscheid den Willen einer Mehrheit zum Ausdruck bringt. Formale Demokratietheorien zeigen uns nun aber, dass dies gar nicht immer der Fall ist, weil es zum Beispiel wie beim Condorcet-Paradoxon darauf ankommt, in welcher Reihenfolge abgestimmt wird.

Machen wir ein Beispiel: Nehmen wir an, in einem [KLICK] Parlament soll darüber abgestimmt werden, welche Energieform in Zukunft in einem Land präferiert werden soll. Zur Abstimmung stehen [KLICK] drei Optionen: Entweder es soll auf erneuerbare Energien gesetzt werden (Option A), auf Kohle und Öl (Option B) oder auf Atomenergie (Option C).

In unserem Beispielparlament sitzen drei etwa gleich grosse Parteien, die eine [KLICK] unterschiedliche Präferenzenordnung haben. Partei 1 zieht erneuerbare Energien (also Option A) Kohle und Öl (Option B) vor, will aber Kohle und Öl dann doch lieber als Atomenergie. Dies ergibt also die Präferenzenordnung A vor B vor C. Partei 2 und Partei 3 haben [KLICK] diese Präferenzenordnungen.

Es kommt nun zur [KLICK] Abstimmung. Und zwar sollen, wie bei einer Mehrheitsabstimmung üblich, jeweils zwei Optionen einander gegenübergestellt werden. Wir beginnen mit der Abstimmung [KLICK] erneuerbare Energie (Option A) gegen Kohle und Öl (Option B). Welche Präferenz hat Partei 1 bei A gegen B? [KLICK] Sie zieht Option A der Option B vor und stimmt also für [KLICK] A. Partei 2 würde zwar am liebsten Option C wählen, die steht aber jetzt nicht zur Frage und wenn Partei 2 wählen muss zwischen [KLICK] A oder B, dann zieht sie [KLICK] A B vor. Bei Partei 3 ist es hingegen so, dass sie B deutlich vor A setzt. Sie entscheidet sich also für B. Weil die Parteien ihren Präferenzenordnungen treu sind, resultiert also [KLICK] Option A (mit 2:1).

Damit fällt Option B aus dem Rennen und es kommt zur [KLICK] Abstimmung zwischen A und C. Spielen wir das gleiche Spiel noch einmal durch. Wir sehen, dass Partei 1 sich für A entscheidet, die anderen beiden Parteien aber C vor A präferieren. [KLICK] Die erneuerbaren Energien unterliegen jetzt also der Atomenergie. Das Beispielparlament würde sich also aus den drei Optionen für die Atomenergie entscheiden.

Stopp ruft da aber Partei 1, damit sind wir nicht wirklich einverstanden. Klar ruft sie das, weil sie will ja auf keinen Fall Atomenergie. Machen wir doch noch eine Abstimmung Atomstrom gegen Kohle und Öl, schlägt sie deshalb vor.

Spielen wir das ebenfalls durch [KLICK], dann erhalten wir tatsächlich als Resultat Kohle und Öl, also die Option B. Damit haben wir nun aber tatsächlich ein Problem, weil je nach Abstimmung alle Optionen gewinnen könnten. Ist also der Mehrheitsentscheid doch nicht immer so klar, wie wir meinen?

Formale Theorien (5)

Schauen wir uns noch das dritte Beispiel an, das sogenannte [KLICK] «Paradox of Voting». Mit diesem Modell wird die Rational Choice Theorie sozusagen ad absurdum geführt. Wenn wir davon ausgehen, dass ein Mensch nur dann Handlungen ausführt, wenn sie ihm Nutzen bringen, dann müsste es eigentlich [KLICK] rational sein, sich *nicht* an Politik zu beteiligen. Weshalb? Schauen wir uns [KLICK] diese Formel ein wenig genauer an:

Sie besagt, dass [KLICK] mein Nutzen, den ich erhalte, wenn ich zur Wahl gehe, abhängig ist von meinem [KLICK] erwarteten Nutzen [KLICK] multipliziert mit der Wahrscheinlichkeit, dass *meine* Stimme die Wahl oder die Abstimmung entscheidet abzüglich der [KLICK] Kosten der Beteiligung, also zum Beispiel der Zeit, die ich brauche, um mir zu überlegen, was ich abstimmen soll oder wen ich wählen soll; die Tinte, die ich brauche, wenn ich den Stimmzettel ausfülle oder die Briefmarke, die ich auf das Stimmmaterial klebe; oder die Schuhsohlen, die ich brauche, um zum Briefkasten zu gehen.

Weil nun die Wahrscheinlichkeit p [KLICK], dass meine Stimme genau jene Stimme ist, die eine Abstimmung oder eine Wahl entscheidet, vernichtend klein ist, sind die Kosten – egal wie gering diese sind – stets grösser. Wenn aber K grösser ist als N mal p , dann ist der Wert der Formel auf der rechten Seite negativ. Negativer Nutzen bedeutet Kosten ergo nehme ich nicht an Wahlen bzw. Abstimmungen teil, wenn ich rational sein soll.

Natürlich gibt es in der Literatur zahlreiche Versuche, dieses Paradoxon zu lösen. Der Erfinder der «ökonomischen Theorie der Demokratie», *Anthony Downs*, versucht es damit, dass er den Nutzen der Wahl mit sozialen Aspekten anreichert. Wählen ist Bürgerpflicht und es gibt deshalb ein gutes Gefühl, wenn ich mich beteilige. [KLICK] Der Terminus D erhöht also den Nutzen. Weil aber p noch immer sehr, sehr klein ist, muss mir das schon sehr grosse Gefühle verursachen. Eine andere interessante Lösung ist die Idee des so genannten «minimalen Bedauerns». Ich weiss ja eigentlich nicht, wie gross p effektiv ist und wenn z.B. eine sehr knappe Abstimmung erwartet wird, dann könnte es ja schon sein, dass meine Stimme entscheidet (also wenn ich quasi der Medianwähler oder die Medianwählerin wäre). In diesem Fall wäre p so gross, dass ich alle Kosten in Kauf nehmen würde. Weil ich das aber im Vorherein nicht weiss, nehme ich (je nachdem fälschlicherweise) an, dass ich bereuen würde, wenn p gross wäre und ich nicht hingegangen wäre, was wiederum N erhöht und die Beteiligung rational macht.

Wir können das ganze als Spielerei abtun, aber wir können das Modell auch ziemlich gut brauchen, um niedrige politische Beteiligung zu erklären, oder um höhere Beteiligung bei knappen Wahl- und Abstimmungsresultaten zu erklären.

Auf jeden Fall zeigt das Beispiel eine Spielform der formalen Theorie.

Formale Theorien (6)

Und mit diesem Beispiel wären wir auch am Ende der Präsentation des ersten Politikfelds, der «politischen Theorie», angelangt.

Outro

Ob Sie den Inhalt des Lernvideos verstanden haben, testen Sie am besten mit den Fragen und Antworten, die Sie unter Ilias finden. Dort finden sie zudem auch die hier verwendete Vertiefungslektüre.

Mit dem Besuch der Vertiefungsvorlesung können sie ihr Wissen anwenden und so ihr Verständnis vertiefen.

Haben Sie Verständnisfragen? Diese können gerne ins Ilias-Forum gestellt werden.

Für Kritik und Anregungen erreichen Sie mich zudem stets auch per E-Mail.